

EXTRABLATT

Lesen, wie es
wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019



Das Erfolgsmodell Schweiz 3

**Interview
mit alt Bundesrat
Christoph Blocher**



Masseneinwanderung 6-7

**Arbeit muss sich
wieder lohnen!**



Kanton Freiburg 9-20

**Alles Wissenswerte
zu den National-
und Ständeratswahlen**



Für eine freie und sichere Schweiz

Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massen-Zuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungende, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits- und

Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten

Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.

Für den Ständerat:



**Pierre-André
Page**

in den Ständerat
www.pierreandrepag.ch



Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Gratis-Hotline:
0800 0 1291 0

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr
sind wir für Sie da.

Fragen per Mail:
wahlen@svp.ch

Kommentar

Sie entscheiden!

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylanten, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen, oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen, wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig, Lernziele zu erreichen.

Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-



Albert Rösti
Präsident SVP Schweiz

Fortsetzung auf Seite 2

Alles zu den National- und Ständeratswahlen im

Kanton Freiburg Seite 9-20

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.

Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.

Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie eine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz



Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?

Ueli Maurer: Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

Unsere Bundesräte zur Zukunft der Schweiz



Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Ehemaliger Landwirt und Winzer



Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)
Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

Guy Parmelin: Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

«Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da.»

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

Guy Parmelin: Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.

Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?

Ueli Maurer: Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber

«Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge.»

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

Frei und sicher.

SVP wählen!



www.svp.ch

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz direkten Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handeln darf. Für eine Schweiz mit starkem Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und Kinder selbst erzieht.



Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

Bald noch weniger im Portemonnaie?

Hier erfahren Sie, wie der rot-grüne Raubzug auf Ihr Geld konkret aussieht:



Höhere Benzinpreise: Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!
Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus.



Zusätzliche CO₂-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO₂ auf Fr. 210.– oder von 25 Rappen **auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!** Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–.



Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:
Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– **neu Fr. 600.– bis 800.–!**



Verbot von Ölheizungen: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt **Fr. 1'128.–!**



Mehrkosten pro Haushalt und Jahr

plus Fr. 270.–

plus Fr. 1'134.–

plus Fr. 400.–

plus Fr. 1'128.–

«Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?

Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit... und Sie sorgen sich um die Schweiz?

Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?

Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

weder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.

Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.

Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derart guten Kunden diskriminiert keiner.

Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?

Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?

Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.

Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat



Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

laissez aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtestress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?

Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

« Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? »

Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?

«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»



der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.

Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.

Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat ent-

Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?

Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Verkehrs-

politik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

« Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? »



den Verfassungsauftrag jedoch machtbesoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein!

Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die

Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?

Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laissez faire –

Christoph Blocher – kurz & bündig

Geboren: 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinfluss – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.



Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economie-suisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP,

Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus

und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

Volksentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmassnahmen» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Auto-

Ausweisenzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

«Die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht.»

fahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmassnahmen von sofortigem, ewigem

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungskoalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kantone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.



Seit 700 Jahren kennt die Schweiz bilaterale Verträge. Das etwas hochtrabende Wort «bilateral» heisst ganz einfach: «zweiseitig», «zwei Seiten betreffend». Es handelt sich dabei um Abkommen mit allen Ländern, abgeschlossen zum gegenseitigen Nutzen beider Partner – auf Augenhöhe, zwischen zwei Gleichberechtigten. Das ist das Selbstverständlichste der Welt. Allein mit der EU kennt die Schweiz über 150 bilaterale Verträge.

Doch im Jahr 2008 teilte die EU der Schweiz erstmals unmissverständlich mit, dass sie diese Art von bilateralen Verträgen nicht mehr will. Brüssel verlangt statt der Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten neu einen «Rahmen» für alle bisherigen und sämtliche künftigen Abkommen, wonach die Schweiz die von der EU vorgegebenen Änderungen übernehmen muss. Das Resultat entsprechender

mehrjähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

EU-Abkommen entmacht die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmacht. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstimmungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den

«Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»

194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.



Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.



Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal

Mass genommen an uns Schweizern ... Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwingt uns in europäische Regelungen, welche nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen. Wir verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof entscheiden. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen.

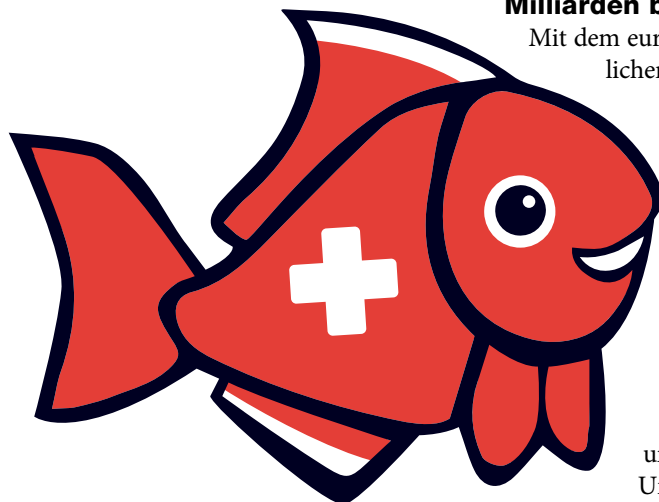
«Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.»

Noch einfacher einwandern

Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet, Aufenthaltsrecht und Familiennachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zunehmen und die Wohnungsknappheit, steigende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer



Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz eintreten.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag**, führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsiert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf www.eu-no.ch oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!



Die Nettozuwanderung ist 2018 mit über 50'000 Personen – das ist einmal die Stadt Biel – immer noch sechsmal höher als der Bundesrat der Bevölkerung bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit weismachen wollte.

von über 15% verteuert unsere Einkäufe. Bewährte Institutionen der Schweiz sind nicht mehr zugelassen: Wasserkraftwerke, Stromnetzanbieter, kantonale Gebäudeversicherungen, SUVA, Kantonalbanken, Spitäler, aber auch in Sport, Kultur und Freizeit! Sogar unser erfolgreiches Ausbildungssystem wäre nicht mehr möglich. Und das «Beste» zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken zahlen! An heutige und zukünftige

EU-Programme und natürlich die Kohäsionsmilliarden!

Stimmrecht aufgeben

Nein! Dieses Korsett lassen wir uns nicht überstülpen! Der Rahmenvertrag stellt den Erfolg und die Selbstbestimmung der Schweiz auf den Kopf. Er nimmt dem Bürger die Stimmrechte weg. Das wollen wir nicht! Der Bundesrat muss den Vertrag entschieden zurückweisen!

Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden. Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag, der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: www.eu-no.ch

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite www.eu-no.ch auf «Kommentiertes Insta»)

Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.

Der vom Volk verlangte Inländervorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländervorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland. Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland

und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt. Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.



Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Ein-

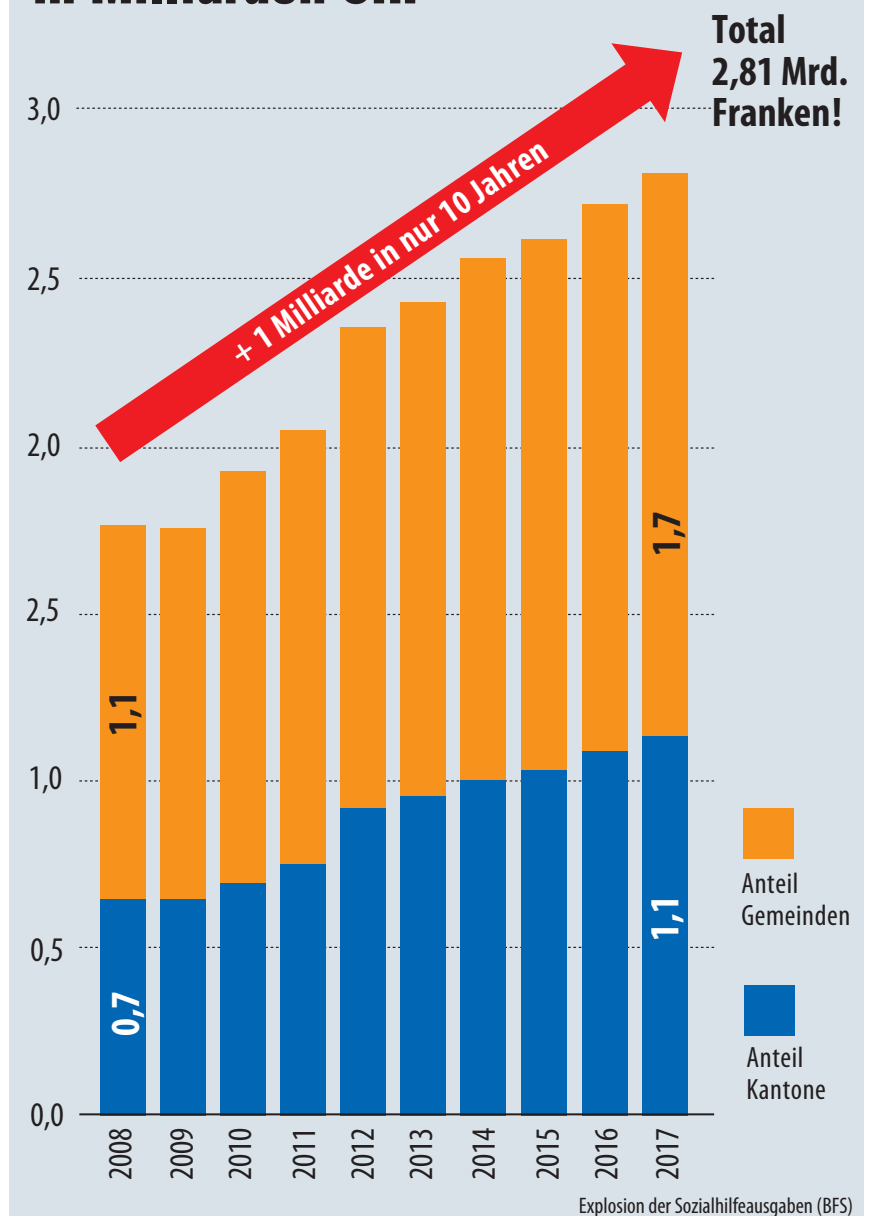
personenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.

Kostenexplosion in der Sozialhilfe in Milliarden CHF



Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee



Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der

Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.



Frei und sicher.



www.svp.ch

SVP wählen!





Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu.

Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – bei-

spielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will.

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber ent-

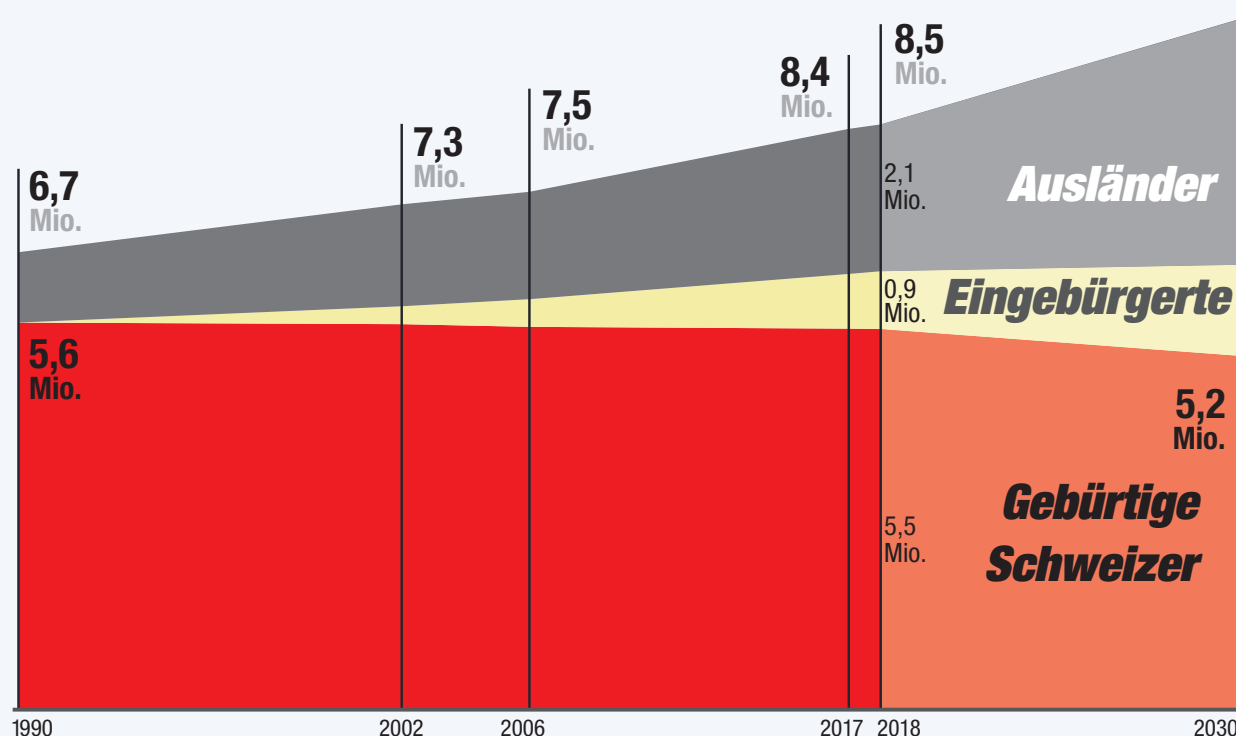
sprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt.

Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

www.begrenzungsinitiative.ch

Schon bald 10-Millionen-Schweiz?

10 Mio.



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.

Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

Meinung

Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbar. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeich-

nenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen. Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter an-

derem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

Schweiz nicht weiter zubetonieren!



Fragen

– zu den Wahlunterlagen?
– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.



Gratis-Wahlhotline:

0800 0 1291 0

Mail:

wahlen@svp.ch



In einer dunklen Kammer...



...kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang ...
Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

www.wahlkampfderfilm.ch



Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb



1 Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?

- ☐ Einverleibung der EU in die Schweiz = FA
- ☐ Unterwerfung der Schweiz durch die EU = SV



2 Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?

- ☐ rund 100'000 = KE
- ☐ rund 1'000'000 = PW



3 Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?

- ☐ Mike Shiva = NE
- ☐ SVP-Gratis-Wahlhotline = AE



4 Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?

- ☐ «Freibier auf sicher» = W
- ☐ «Frei und sicher» = H



5 Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?

- ☐ Auf mindestens 10 % = S
- ☐ Auf mindestens 15 % = LE



6 Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die 'Fortsetzung' des bilateralen Weges?»

- ☐ Thomas Matter, SVP-Nationalrat = N
- ☐ Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = !

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

1 2 3 4 5 6

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- ☐ Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- ☐ Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.

Bitte schicken Sie mir:

_____ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)

_____ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm x 59,4 cm)

- ☐ Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
 - ☐ Ich spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.
 - ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- ☐ Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.
- ☐ Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Unterschrift _____

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern

E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59



www.svp.ch

EXTRA BLATT

der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Freiburg • www.svp-fr.ch • September 2019



Eidgenössische Wahlen

10

**Vor allem: Schweiz!
Krempeln wir die Ärmel
hoch, um sie zu verteidigen!**



SPEZIAL FREIBURG

Konkret...

16

**Leistungsausweis und Akti-
vitäten der SVP-Fraktion im
Freiburger Grossrat**



Die SVP des Kantons Freiburg an Ihrer Seite!



Pierre-André Page,
Nationalrat

Seit vier Jahren stehe ich im Nationalrat für meine Überzeugungen ein. Es sind Ihre Überzeugungen, für die Sie mich im Oktober 2015 gewählt haben. Eine intakte Umwelt dank einer überlegten Raumplanung, eine von Familien getragene, produktive Landwirtschaft, Unterstützung für die Schwächsten... Am 20. Oktober 2019 bin ich erneut auf Ihr Vertrauen angewiesen: Ich werde im National- wie im Ständerat die Arbeit getreu meiner Überzeugungen fortsetzen.

Mein Kanton Freiburg ist schweizerisch: Seine Probleme sind auch jene des Bundes. Das verleiht meinem Engagement in Bern Sinn, gestärkt durch meine Erfahrungen als Meisterlandwirt und als Politiker seit 30 Jahren, zuerst auf Gemeindeebene, dann auf Kantonsebene.

In Sorge um unsere Umwelt habe ich 2016 eine Motion eingereicht, die verlangte, dass das bestehende Gebäudevolumen ausserhalb der Bauzonen maximal genutzt werden kann. Die vom Nationalrat angenommene Motion wird heute im Rahmen der zweiten Revision des Raumplanungsgesetzes behandelt.

Landwirtschaft: Ich habe 2018 vom Bundesrat Auskunft verlangt über die Digitalisierung der Landwirtschaft: Das «smart farming» (oder auch die

«intelligente Landwirtschaft») ermöglicht es, Dünger und Pflanzenschutzmittel ökologischer einzusetzen, insbesondere dank dem Einsatz von Drohnen, selbstfahrenden Traktoren, Robotern und der erweiterten Nutzung von mobilen Kommunikationsinfrastrukturen. Landwirte sind innovativ: Ich habe verlangt (Motion 2019), dass die Aquakultur anerkannt wird. Ich setze mich zudem dafür ein, dass die für die Bauern vorgesehenen Geldbeträge beibehalten werden, um eine von Familien getragene, produktive Landwirtschaft betreiben zu können. Und ich habe den Bundesrat dazu eingeladen (Motion 2018), den Hauptsitz von Agroscope in Freiburg anzusiedeln, was neue Arbeitsplätze generieren würde.

Ich engagiere mich für pflegende Angehörige: Meine 2018 gegen die Empfehlung des Bundesrats vom Nationalrat angenommene Motion wurde von der ständerätlichen Kommission ebenfalls angenommen und wird diesen Herbst in den Räten behandelt. Sie verlangt, dass Personen ohne anerkannte Ausbildung, die alte und/oder behinderte Menschen pflegen, eine berufs begleitende Ausbildung machen können und dass ihre beruflichen Kompetenzen fair entlohnt werden.

Ich vergesse auch nicht die Vereine und Verbände, die im Kulturbereich tätig sind. Sie sollen künftig gleich behandelt werden wie die Sportvereine und ebenfalls von der Mehrwertsteuerpflicht befreit werden. Meine vom Nationalrat angenommene Motion muss



Auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen, indem Landschaft und Umwelt geschützt werden.

noch vom Ständerat behandelt werden.

Internationale Zusammenarbeit: Ich habe vorgeschlagen (Motion 2019), dass das Budget der Abteilung Menschliche Sicherheit im Rahmenkredit der internationalen Zusammenarbeit auf 5% verdoppelt wird. Es erschien mir logisch, sämtliche nützlichen Massnahmen vor dem Ausbruch eines Konflikts zu ergreifen, anstatt hinterher die Schäden zu beheben.

Um noch einmal auf Freiburg zurück-

zukommen: Ich habe vom Bundesrat verlangt (Interpellation 2017), den Kantonen mehr Kompetenzen einzuräumen, um die Biodiversität, die Landschaften und das Klima schützen zu können. Eine weitere Interpellation (2018) betraf die Einstellung der SBB-Verbindungen anlässlich von Infrastrukturarbeiten (z. B. an der Linie Romont-Chénens letzten Herbst). Das alles würde ich gerne weiterziehen, für die Schweiz, mit Freiburg. Und mit Ihnen!



Den Unternehmen vorteilhafte Rahmenbedingungen anbieten, indem jegliche Steuererhöhungen abgelehnt werden.

2018 und 2019 präsiere ich die WAK (Kommission für Wirtschaft und Abgaben). Wir haben soeben die Revision des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen abgeschlossen. Wir haben gute Lösungen gefunden, um die Stellung unserer KMU zu verteidigen.

Im Bereich Steuern stellt die Steuerreform und AHV-Finanzierung einen vernünftigen Kompromiss dar, der zum Glück vom Souverän angenom-

men wurde, obwohl die Vermischung von zwei unterschiedlichen Anliegen Fragen aufwerfen kann.

Das heikelste Dossier ist gegenwärtig jenes, welches das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union betrifft. In der gegenwärtigen Form kann man nicht von einem Abkommen sprechen, sondern von einem Diktat der EU. Kurzfristig wäre ein Abkommen wünschenswert, langfristig hätte aber ein



Jean-François Rime,
Nationalrat

schlechtes Abkommen ernsthafte Konsequenzen für unser Land.

Was die Wirtschaft betrifft, stehen wir womöglich vor konjunkturell schwierigen Zeiten. Freihandelsabkommen mit Nicht-EU-Ländern sind sehr wichtig. Ich denke hier v. a. an die USA, Japan oder Mercosur (Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay). Wir müssen hier sehr umsichtig sein und die Interessen unserer Landwirtschaft verteidigen. Wir müssen eine qualitativ einwandfreie Produktion garantieren und verteidigen.

Was die Steuern betrifft, müssen wir wettbewerbsfähig bleiben und der Steuerwettstreit zwischen den Kantonen muss beibehalten werden. Eine Vereinheitlichung in der gesamten Schweiz

würde automatisch eine Annäherung der Kantone an die höchsten Steuersätze nach sich ziehen. Die Unternehmenssteuerreform ist ein Schritt in die richtige Richtung. Deren Umsetzung in den Kanton wird entscheidend sein.

Für Schweizerinnen und Schweizer sind die Steuern ein zentrales Thema, es ist aber auch festzustellen, dass Kantone und Gemeinden immer mehr Abgaben und Gebühren einführen. Dieses Phänomen muss konsequent bekämpft werden.

Energie und Transporte sind miteinander verbunden. Die Linke und die Grünen wollen Verbote oder Steuern. Wir müssen konstruktive Vorschläge einbringen, welche die verschiedenen Regionen unseres Landes berücksich-

tigen, insbesondere die Berggebiete, die durch eine starke Erhöhung der Brennstoffpreise stark bestraft würden. Was das CO2 betrifft, so gehören wir dank unserer Wasser- und Atomkraftwerke, die kein CO2 produzieren, weltweit zu den Klassenbesten.

Als Gewählter aus dem Kanton Freiburg schliesslich setze ich mich dafür ein, die Interessen unseres Kantons zu vertreten, gemeinsam mit meinen Kollegen aus den anderen Parteien und dem Ständerat – so, wie ich das bislang immer gemacht habe. Ich danke den Freiburgerinnen und Freiburgern für die Unterstützung und freue mich darauf, eine neue Ratsperiode in Angriff zu nehmen.

Die grossen Politthemen der kommenden Legislatur

Ich wurde 2003 in den Nationalrat gewählt. Als Unternehmer und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv sind meine bevorzugten Themen die Wirtschaft, die Steuern, die Landwirtschaft und natürlich unsere Beziehungen zur Europäischen Union. Als Unternehmer sind für mich zudem auch Energie- und Transportfragen wichtig.

Vor allem: Schweiz!

Das Modell Schweiz ist zu wertvoll, um einfach so verscherbelt zu werden.

Krempeln wir die Ärmel hoch, um es zu verteidigen!

Im Verlauf der letzten Legislaturperioden hat sich die Schweizerische Volkspartei dafür eingesetzt, das Modell Schweiz zu bewahren, das den Einwohnerinnen und Einwohnern auch heute noch Vollbeschäftigung und eine höhere Lebensqualität als in den benachbarten europäischen Ländern garantiert. Die schweizerischen Qualitäten, von denen wir alle profitieren, werden nun aber von allen Seiten angegriffen und von der Linken oder der EU bedrängt. Deshalb haben unsere Partei und unsere sieben Kandidaten beschlossen, die Ärmel hochzukrempeln, um das Modell Schweiz im Bundeshaus zu verteidigen!



**Emmanuel
KILCHENMANN**

**Flavio
BORTOLUZZI**

**Jean-François
RIME** bisher

**Pierre-André
PAGE** bisher

**Roland
MESOT**

**Jean-Daniel
CHARDONNENS**

**Emanuel
WAEBER**

Anfangs 2019 wies die Schweiz eine Arbeitslosenrate von 2,6 % für das vergangene Jahr aus. Das ist der tiefste Wert seit zehn Jahren und einer der besten in Europa. Dieser Umstand ist, wie so vieles mehr, dem Modell Schweiz zu verdanken. Das Modell lässt sich nicht auf einen kurzen Nenner bringen, es umfasst aber bestens bekannte Konzepte wie unser duales Berufsbildungssystem, eine starke Währung, eine stabile Wirtschaft, renommierte Hochschulen, politische Unabhängigkeit gegenüber der EU und vieles andere mehr. In der kommenden Legislatur wird sich die SVP dafür einsetzen, dieses Modell Schweiz zu verteidigen, das unser Land so speziell und wohlhabend macht!

Die Unabhängigkeit verteidigen und das Rahmenabkommen ablehnen

Das institutionelle Abkommen, das die Schweiz gemäss Wunsch der EU unterzeichnen soll, stellt einen kolonialen Vertrag dar, der darauf abzielt, die Unabhängigkeit der Schweiz einzuschränken und ihre speziellen Eigenschaften zugunsten Europas abzubauen. Das umfasst kurz gesagt eine automatische Übernahme des europäischen Rechts, die Anerkennung des Europäischen Gerichtshofs (der nicht von der Schweiz gewählt wurde) und die Auferlegung von Sanktionen, falls es die Schweiz ablehnt, die Vorgaben aus Brüssel zu befolgen. Was die Arbeitnehmer anbelangt, so würden der Lohnschutz abgebaut und die flankierenden Massnahmen für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmer eingeschränkt. Das Abkommen sieht zudem einen vereinfachten Zugang von

EU-Bürgern zu unseren Sozialversicherungen, zur Schweizer Staatsbürgerschaft und zur Einwanderung vor... Die SVP und ihre Kandidaten werden alles tun, was möglich ist, um dieses einseitige Abkommen, das auf der Grundlage von Drohungen und Erpressungen von Seiten der Europäischen Kommission entstanden ist, definitiv zu bodigen. Es geht um die Souveränität der Schweiz, ihrer Institutionen und des helvetischen Modells!

Steuern abbauen und die Einführung von zusätzlichen Abgaben verhindern

Diesen Sommer hat der Bundesrat einen Überschuss von 2,9 Mrd. Franken angekündigt und sieht für die kommenden Jahre ähnliche Rechnungsergebnisse vor. Die Einnahmen sind zwar Anlass zur Freude für den Bund, es ist aber auf der anderen Seite nicht einzusehen, weshalb nichts unternommen wird, um die Steuern und Abgaben für die Steuerpflichtigen zu senken. Im Gegenteil: Man spricht heute davon, zusätzliche Steuern zu erheben: Erhöhung der MwSt, Steuern auf CO₂, Solidaritätsprozent in der Arbeitslosenversicherung etc. Der Wohlstand und die Arbeitsplätze des Schweizer Modells können nur dann gerettet werden, wenn die Bürger und die Unternehmen die Möglichkeit haben, frei über ihr Einkommen zu verfügen und in die Wirtschaft zu reinvestieren. Es kann keine Rede davon sein, dass die positiven Rechnungsergebnisse auf niedrigere Ausgaben zurückzuführen wären! Aufgrund der Giesskannenpolitik der Linken steigen die Ausgaben vielmehr ständig an. Eine Kostenkontrolle ist zentral, um nicht dem Beispiel

etwa von Frankreich zu folgen, wo die öffentliche Verschuldung inzwischen 100 % des BIP erreicht hat.

Wohlüberlegter Übergang statt Klimahysterie

Ökologen zeigen sich eher streng gegenüber der Schweiz, obwohl sie weltweit in Sachen CO₂-Emissionen pro Einwohner aktuell auf Rang 73 steht, was das Modell Schweiz international gesehen zu einem Musterschüler macht. Innert 20 Jahren hat die Schweiz ihre Emissionen bereits um nahezu 20 % gesenkt, während die Bevölkerung um mehr als eine Million Einwohner angewachsen ist. Zudem stammen zwei Drittel des Stroms aus Wasserkraftwerken, das restliche Drittel stammt aus Atomkraftwerken. Beide Systeme produzieren praktisch keine Treibhausgase. Und trotzdem will die Linke der Mittelklasse und den Haushalten Öko-Steuern und Verbote aufbürden, ohne konkrete Lösungen und Hilfen anzubieten, um die Emissionen noch stärker zu reduzieren. Die SVP setzt dagegen auf positive Anreize wie steuerliche Abzüge für Gebäudesanierungen, Unterstützung der lokalen Landwirtschaft und Abbau des landwirtschaftlichen Freihandels, darunter etwa die internationalen Transporte, die einen der hauptsächlichen Gründe für CO₂-Emissionen darstellen.

Die Renten für die Pensionierten sicherstellen

Das Schweizer Sozialvorsorgemodell ist und bleibt ein solides System, um das uns gemäss Fachleuten viele andere Länder beneiden. Das Modell muss aber angesichts der steigenden Lebenserwartung und der Abnahme von berufstätigen Personen pro Rentenbezü-

ger saniert werden. Die Ausgaben für die soziale Sicherheit machen inzwischen einen Drittel des nationalen BIP aus, und es müssen Massnahmen ergriffen werden, um die Renten bei gleichzeitiger Kostenkontrolle garantieren zu können. Aus diesem Grund muss der Giesskannenpolitik der Linken ein Riegel geschoben werden, wir setzen vielmehr auf ergänzende Leistungen für Personen, die wirklich darauf angewiesen sind. Damit unsere Rentnerinnen und Rentner ihren Lebensabend geniessen können, müssen wir sicherstellen, dass die AHV-Renten von jeglichen Steuern (Bund oder andere) befreit sind. Für gesunde Finanzen muss der Missbrauch in anderen Sozialversicherungen eingeschränkt werden, damit das missbräuchlich bezogene Geld der AHV zugute kommt.

Und schliesslich wollen wir die Einwanderung und die Delinquenz reduzieren

Trotz der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative und des Grundsatzes, straffällige Ausländer auszuscheiden, bequemen sich Parlament und Gerichte nicht dazu, diese so umzusetzen, wie in der Volksinitiative vorgesehen. Die Nichtanwendung der beiden Gesetzestexte schadet dem Modell Schweiz und der direkten Demokratie, missachtet dieses Vorgehen doch den Volkswillen. Die SVP wird alles unternehmen, um in der kommenden Legislatur dafür zu sorgen, dass das Schweizer Volk, seine Entscheide und sein Modell respektiert werden!

Anthony Marchand

Frei und sicher.

**Ich will's
Ich wähl's
Liste 5**



20. Oktober 2019

Eidgenössische Wahlen:

Wählen Sie Liste 5!

Unser politisches Programm

- 

LANDWIRTSCHAFT
 Für eine produktive Landwirtschaft, die die Bevölkerung mit gesunden und lokal produzierten Lebensmitteln versorgt.
- 

RAUMLANUNG
 Genügend Fläche für eine produktive Landwirtschaft und für die Entwicklung der Unternehmen.
- 

SPORT UND KULTUR
 Die Volkskultur soll geschätzt werden. Der Sport und zukünftige Spitzensportler sollen gefördert werden.
- 

WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG
 Den KMU ermöglichen, dank weniger Bürokratie leistungsfähiger zu sein und damit Arbeitsplätze zu sichern.
- 

ERZIEHUNG & BILDUNG
 Die Jugend auf die Anforderungen des Berufslebens vorbereiten und das duale Bildungssystem fördern.
- 

STEUERN UND FINANZEN
 Für einen effizienten und weniger gierigen Staat, weniger Steuern für natürliche Personen und weniger Abgaben.
- 

SICHERHEIT UND KRIMINALITÄT
 Für Sicherheit in der Öffentlichkeit und eine konsequente Rechtssprechung kämpfen, um Opfer statt Kriminelle zu schützen!

- 

SOZIALE SICHERHEIT UND GESUNDHEIT
 Missbrauch bekämpfen, Sozialversicherungen sichern und für existenzsichernde Renten sorgen.
- 

GESELLSCHAFT UND FAMILIE
 Das traditionelle Modell unterstützen und Familien von den hohen Steuern entlasten.
- 

ARMEE
 Eine glaubhafte und starke Milizarmee garantiert die Sicherheit auch in Krisenzeiten und berücksichtigt die besonderen Bedürfnisse der Schweiz.
- 

ENERGIE
 Unseren Unternehmen ausreichend sicheren Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung stellen.
- 

ASYLPOLITIK
 Entschlossen gegen den Missbrauch des Asylrechts kämpfen, um die Attraktivität unseres Landes für Wirtschaftsflüchtlinge zu senken.
- 

EIGENTUM FÖRDERN – FREIHEIT STÄRKEN
 Nein zu Enteignungen, ja zum Schutz der Privatsphäre.
- 

WIR SIND DIE HEIMAT
 Wir wollen unsere Traditionen und lokalen Gebräuche bewahren. Die Schweizer Volkskultur muss gegenüber der elitären und subventionierten Kultur gestärkt werden.

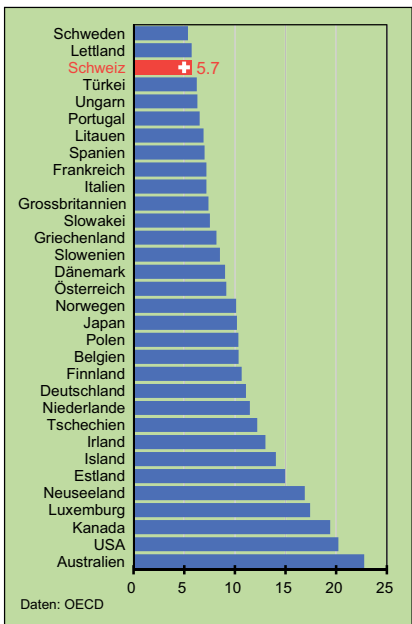
Politisches Klima:

Positive Anreize statt neue Steuern

Temperaturschwankungen sind ein natürliches Phänomen. Trotzdem konnte aufgezeigt werden, dass die in den letzten Jahren zu verzeichnende Erwärmung grösstenteils auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist.

Die Schweiz ist heute in Sachen Umweltschutz vorbildlich. Unter den industrialisierten Ländern (OECD-Länder) steht sie an dritter Stelle der Länder mit den niedrigsten Treibhausgas-Emissionen pro Einwohner. Seit dem Jahr 2000 hat unser Land seine Emissionen um fast 20 % reduziert, während gleichzeitig die Bevölkerung um mehr als eine Million Personen angewachsen ist. Es ist eine anerkannte Tatsache, dass der internationale Warentransport einen der Hauptgründe für die Klimaerwärmung darstellt. Lokal zu produzieren und zu konsumieren erlaubt es, die Anzahl unnötiger Transporte zu reduzieren, und das ist das beste Mittel im Kampf gegen die Klimaerwärmung. Aus diesem Grund wird die SVP weiter dafür kämpfen – wie sie das schon immer getan hat –, eine produktive und wettbewerbsfähige Landwirtschaft zu ermöglichen und die landwirtschaftlichen Freihandelsabkommen einzuschränken.

Es ist auf der anderen Seite wichtig, die Forschung im Hinblick auf Technologien zu unterstützen, die es ermöglichen, die Umwelt zu schützen und gleichzeitig einen hohen Lebensstan-



Treibhausgas-Emissionen pro Einwohner, in Tonnen

dard beizubehalten. Die Schweizer Hochschulen rangieren regelmässig unter den besten weltweit; die Schweiz muss über die Mittel verfügen, bei der Entwicklung der Energiequellen von morgen zur Weltspitze zu gehören.

Statt neue Steuern zu verlangen, wie das die Linke tut, setzt die SVP auf positive Anreize und somit auf Massnahmen, welche die Energieeffizienz in Gebäuden erhöhen. Zu diesem Zweck sollen erneuerbare Energien gefördert werden, und die Landwirte sollen in die Lage versetzt werden, weniger Pflanzenschutzmittel einsetzen zu müssen.

Pascal Wicht



Unser Engagement für Ihre



Landwirtschaft

Den Bauernfamilien Zukunftsperspektiven bieten

Die Landwirtschaft in der Schweiz erlebt eine der tiefgreifendsten Veränderungen seit dem 2. Weltkrieg. Mit der AP14-17 haben wir einen Wechsel von einer etatistischen Landwirtschaft zu einem freien Markt vollzogen, der die Bauern dazu zwingt, zu Dienstleistern zu werden. Der Kanton Freiburg muss ein Produzent von landwirtschaftlichen Grunderzeugnissen und qualitativ hochstehend verarbeiteten Erzeugnissen bleiben, und nicht nur ein Produzent von ökologischen Dienstleistungen und High-End-Produkten. Der Verfassungsauftrag an die Landwirtschaft ist hier unmissverständlich.

Die SVP Freiburg setzt sich für eine produktive Landwirtschaft ein, welche die Bevölkerung mit gesunden und lokal produzierten Lebensmitteln versorgt. Die Bauernfamilien, welche diese wichtigen Leistungen erbringen, sollen ein faires Einkommen erhalten. Man darf die produktiven Landwirtschaftsbetriebe nicht zugunsten von extensiven Betrieben benachteiligen. Die SVP möchte, dass die Schweiz einen Netto-Selbstversorgungsgrad von mindestens 60 % erreicht. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn den Bauernfamilien Zukunftsperspektiven geboten werden, damit sie nachhaltig in die Produktion investieren können.

Wir wollen:

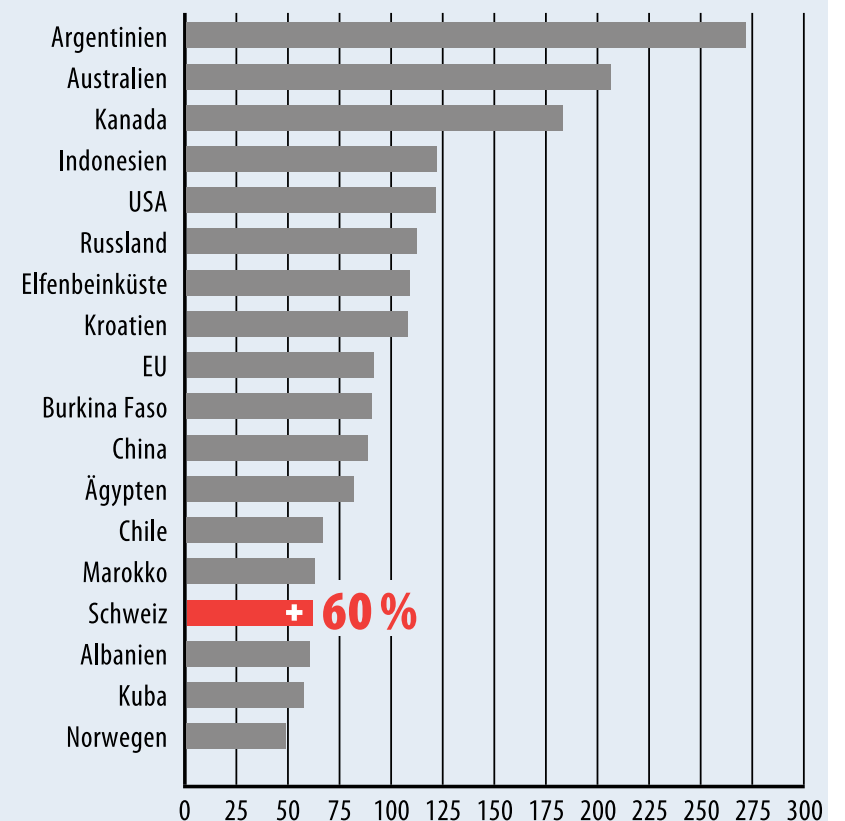
- + eine produktive Landwirtschaft, welche die Bevölkerung mit qualitativ einwandfreien und lokal produzierten Lebensmitteln versorgt
- + ein faires Einkommen für die Bauernfamilien garantieren, welche diese Leistungen erbringen;
- + leistungsfähige Landwirtschaftsbetriebe fördern;
- + die Bürokratie abbauen;
- + auf regionale Produktion, Verarbeitung und Handel setzen.



« Wir setzen uns für eine produzierende Landwirtschaft ein, welche die Bevölkerung mit gesunden und lokal produzierten Lebensmitteln versorgt. Die Bauernfamilien müssen für die wichtigen Dienstleistungen, die sie erbringen, ein angemessenes Einkommen erzielen. »

Adrian Brügger, Grossrat, Meisterlandwirt/Agrokaufmann, Dürnten

Brutto-Selbstversorgungsgrad in %



Die Lebensmittelsicherheit in der Schweiz muss verstärkt werden.

Quelle: Agristat 2014

Die Familie ist die Zukunft der Gesellschaft

Die Familie ist der natürliche Rahmen für die Erziehung und die Vermittlung von Werten. Sie trägt die Verantwortung für die Erziehung und den Ausgleich unter den Generationen.

Erziehung liegt in den Händen der Eltern, während die Schule die Kinder ausbilden soll, damit diese über den Rucksack und das benötigte Wissen verfügen, um im Arbeitsleben bestehen zu können. Aus diesem Grund sollen Eltern, die sich dafür entscheiden, ihre Kinder selbst zu beaufsichtigen, steuerlich nicht benachteiligt werden.

Die zentrale Rolle der Schule hingegen besteht darin, den Kindern Wissen zu vermitteln und sie auf die Anforderungen des künftigen Berufslebens vorzubereiten. Es ist nicht Sache der Schule, anstelle der Eltern erzieherische Aufgaben wahrzunehmen, und noch weniger, den Unterricht zu instrumentalisieren, um den Kindern eine bestimmte Ideologie einzutrichtern.

Die Schule darf auf der anderen Seite keinesfalls den Forderungen von Gemeinschaften nachkommen, etwa bestimmte Kinder von gewissen Kursen aus religiösen Gründen zu dispensieren: Es sollen für alle dieselben Regeln gelten.

Die Senioren...

Die Senioren haben viele Jahre lang hart gearbeitet, sie verdienen es, ihr Alter unter den bestmöglichen Vor-

Wir wollen:

- + die Rollenaufteilung respektieren, bei der die Eltern für die Erziehung ihrer Kinder zuständig sind und die Schule für die Vermittlung von Wissen;
- + die steuerliche Bestrafung von Eltern unterbinden, welche ihre Kinder selbst beaufsichtigen;
- + die Instrumentalisierung des Unterrichts durch linke Ideologen verhindern;
- + dass die Schule die Kinder auf die Anforderungen des Berufslebens vorbereitet;
- + die steuerliche Bestrafung von Verheirateten abschaffen;
- + das System der drei Säulen bewahren und stärken, damit den Senioren die Lebensqualität garantiert werden kann, die sie verdienen.

aussetzungen zu geniessen, v. a. finanziell. Das zusätzliche Mehrwertsteuer-Prozent für die AHV muss dieser vollumfänglich zugute kommen. Es ist inakzeptabel, dass der Bund Milliarden an das Ausland vergibt, sich aber vor der Finanzierung ihrer eigenen Rentner drückt.



Familie und Senioren



« Der Zusammenhalt von Alt und Jung bereichert und stärkt die Gemeinschaft und die Gesellschaft. Die Familie als tragende Säule soll eigenständig und selbstbestimmt handeln können. Dies sind die Voraussetzungen für Stabilität in unserer Gesellschaft. »

Katharina Thalmann-Bolz, Grossrätin, Primarlehrerin, Murten

Lebensqualität



Wirtschaft und Wohlstand



« Die Garantie für unsere Arbeitsplätze und das wirtschaftliche Wohlergehen kann nur mit den Freiheiten erreicht werden, die den Unternehmen eingeräumt werden. Sie sind es, die in der Schweiz Reichtum und Wohlstand schaffen, nicht Bürokratie und Vorschriften! »

Frédéric Neuhaus, Ammann von St. Ursen, Unternehmer

Die SVP unterstützt KMU

Zwei Drittel der Lohnempfänger in der Schweiz arbeiten in kleinen und mittleren Unternehmen, mit anderen Worten: die KMU sind das Rückgrat der Schweizer und der kantonalen Wirtschaft. Die gewählten Volksvertreter der SVP auf kantonalen Ebene und auf Bundesebene unterstützen die KMU effizient, wie eine Untersuchung des Schweizerischen Gewerbeverbandes ergab. Untersucht wurden 169 Faktoren, die zwischen 2011 und 2014 für KMU von Interesse waren. Keine Partei verteidigt die Wirtschaft und Arbeitsplätze so systematisch wie die SVP.

Der Staat soll die Wirtschaft weder konkurrenzieren noch einschränken, er soll aber die Rahmenbedingungen für eine so freie Wirtschaftstätigkeit wie möglich zur Verfügung stellen. Eine ausufernde Bürokratie bremst die Wirtschaftstätigkeit und hat negative Folgen, Kosten und Regulierungen explodieren. Der vom Staat auferlegte administrative Aufwand schadet den Unternehmen. Die individuelle Verantwortung muss wieder zu ihrem Recht kommen angesichts der wachsenden Einflussnahme durch den Staat.

Ein flexibler Arbeitsmarkt und eine solide verankerte Sozialpartnerschaft gehören mit zu den Trümpfen der Freiburger Wirtschaft. Nur liberale Arbeitsbedingungen erlauben es der Wirtschaft, Vollbeschäftigung sicherzustellen.

Wir wollen:

- + uns für sämtliche Unternehmen einsetzen (KMU und Grossunternehmen), welche die Grundlage unseres Wohlstands bilden;
- + die unternehmerische Freiheit verteidigen;
- + die Vervielfachung der Reglementierungen eindämmen, welche die administrativen Aufgaben zur Last werden lassen;
- + den Unternehmen die Mittel verschaffen, damit sie stark bleiben und sichere Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können!



« Zahlreiche Schweizer Familien müssen den Gürtel enger schnallen wegen den Steuern, Gebühren und Abgaben. Gleichzeitig werden pro Jahr 3 Milliarden Franken via Entwicklungshilfe ins Ausland vergeben. Das ist inakzeptabel. »

Stéphane Peiry, Grossrat, Diplomierter Wirtschaftsprüfer, Freiburg

Je mehr Steuern man zahlt, desto mehr gibt der Kanton aus...

In Sachen Steuern für natürliche Personen steht der Kanton Freiburg im gesamtschweizerischen Vergleich schlecht da. Trotzdem befindet sich der Kanton finanziell in einer bewundernswerten Lage. Ein Vermögen von über einer Milliarde Franken und ein vorläufiges Ergebnis von über 80 Millionen Franken pro Jahr in den vergangenen vier Jahren. Trotz dieser Zahlen lehnen es die Linken und die Mitteparteien ab, die Steuern für die Mittelklasse zu senken. Die Grossräte Emanuel Waeber und Stéphane Peiry haben es mit einer Motion im Juli 2019 erneut versucht, die Notwendigkeit von steuerlichen Entlastungen für Familien zum Bewusstsein zu bringen, vor allem via einer Erhöhung der Abzüge für Kinder und eine generelle Senkung der Steuern für alle. Denn je mehr Steuern wir zahlen, desto mehr gibt der Kanton aus. Zwischen 2011 und 2018 haben die Ausgaben des Kantons um fast 400 Millionen Franken auf 3,5 Milliarden zugenommen. Für die Unternehmen hat es der Kanton Freiburg endlich geschafft, die Steuerreform zu realisieren, die auf den 1. Januar 2020 in Kraft treten soll. Aber zu welchem Preis! Zum Preis einer Einbusse der Wettbewerbsfähigkeit von Freiburg. Anders als bei den natürlichen Personen war der Kanton Freiburg in Bezug auf die Besteuerung der Unternehmensgewinne eher wettbewerbsfähig. Mit dem Entscheid für einen Satz von fast 14 % (annähernd identisch mit den Sätzen in den Kantonen Waadt und Genf) geht der Kanton Freiburg weni-

ger weit als seine Nachbarn. Hinzu kommt eine Erhöhung der Steuern auf Dividenden (Doppelbesteuerung), die nicht nötig gewesen wäre. Es ist unter diesen Umständen nicht sicher, ob ausländische Unternehmen Freiburg als ihren Sitz erwählen werden. In der Zwischenzeit verlassen jeden Tag 25 % der Freiburger Arbeitnehmer den Kanton, um zur Arbeit zu fahren.

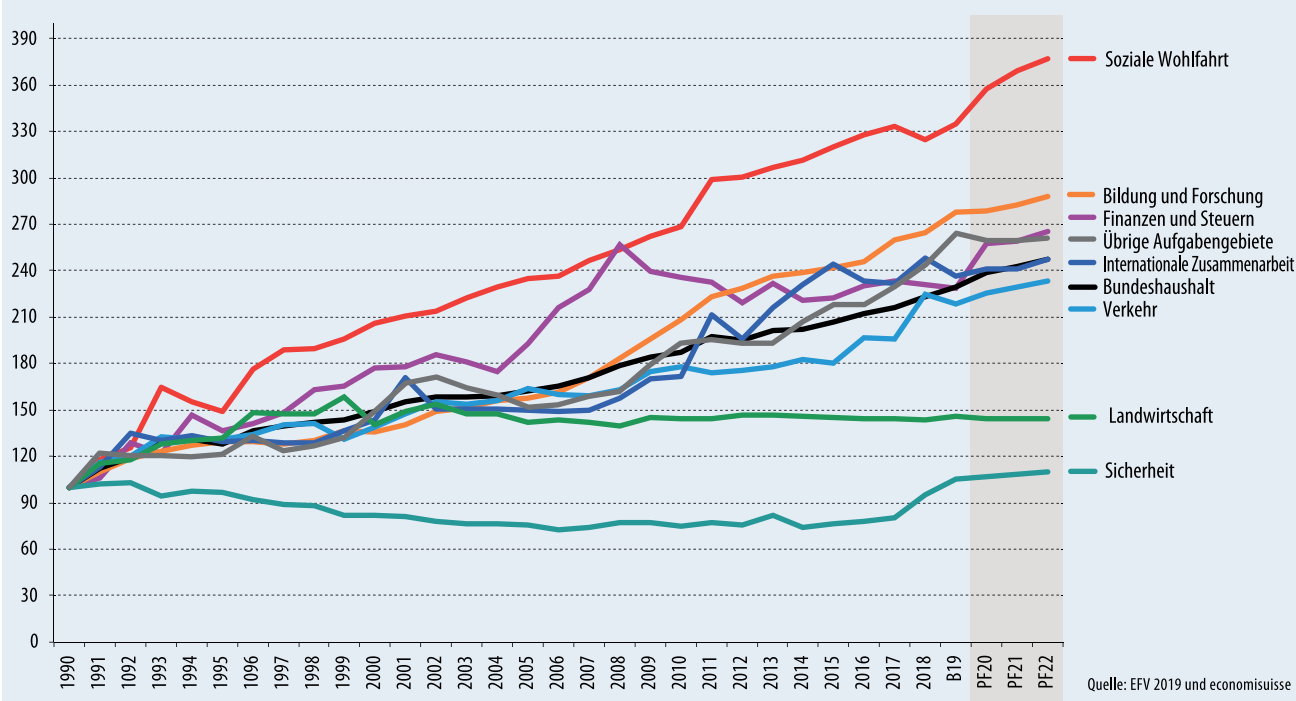
Wir wollen:

- + Sämtliche strukturellen wirtschaftlichen Massnahmen zugunsten eines leistungsfähigen und weniger gierigen Kantons umsetzen;
- + im Privatsektor Arbeitsplätze schaffen und das Wachstum der Beschäftigung im öffentlichen Bereich eindämmen;
- + die Entwicklung der Sozialleistungen im öffentlichen Sektor bremsen, zu der die KMU nicht Hand bieten können und welche den Wettbewerb im Arbeitsmarkt verzerrt;
- + die Unternehmenssteuerreform III rasch umsetzen und dabei den nötigen Spielraum offenlassen, damit unser Kanton gegenüber den Nachbarn wettbewerbsfähig bleibt;
- + nach Möglichkeit die Steuern für natürliche Personen senken, auf jeden Fall eine Erhöhung der Steuern und der Abgaben verhindern.

Finanzen, Steuern und Abgaben



Ungesunde Entwicklung der Ausgaben beim Bundeshaushalt



Möchten Sie unser politisches Programm näher kennenlernen? Gehen Sie auf unsere Website und schauen Sie dort das politische Programm 2019-2023 an: www.svp-fr.ch/partei/politisches-programm/

Für den Kanton Freiburg in



**Jean-François
Rime**

bisher

- + Beruf: Unternehmer - Präsident SGV
- + Funktionen: Nationalrat seit 2003
Präsident SGV (Schweizerischer
Gewerbeverband)
- + Wohnort: Bulle - Greyerz
- + Geburtsjahr: 1950
- + Zivilstand: Verheiratet, 3 Kinder
- + Hobbys: Pferde und Jagd

Dank seiner Erfahrung als Nationalrat (seit 2003) ist Jean-François Rime ein Stützpfiler der Schweizer Politik. Als versierter Unternehmer in der Holzwirtschaft setzt er sich seit vielen Jahren für die Beibehaltung des Schweizer Wirtschaftsmodells ein, das uns auch heute noch Vollbeschäftigung garantiert. Er ist Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, der Dachorganisation der KMU. Er engagiert sich für vorteilhafte Rahmenbedingungen für die Unternehmen, damit diese die für unsere Bevölkerung benötigten Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können.



www.facebook.com/jeanfrancois.rime



**Flavio
Bortoluzzi**

- + Beruf: Dipl. Techniker HF Holztechnik,
Schreinerei & Unternehmer
- + Funktionen: Vizepräs. SVP des Seebezirks
Mitglied des Zentralkomitees der SVP
Freiburg
Ehemaliger Generalrat Murten
- + Wohnort: Muntelier - See
- + Geburtsjahr: 1977
- + Zivilstand: Verheiratet, 3 Kinder
- + Hobbys: Volleyball

Flavio Bortoluzzi ist ein Praktiker: Schreiner, ehemaliger Generalrat in Murten und Mitbesitzer eines KMU ... Ein Politiker am Puls der Bevölkerung! Er setzt sich ein für eine neutrale, unabhängige und föderalistische Schweiz, aber auch für sichere Arbeitsplätze und den Abbau von bürokratischen Hindernissen. Traditionen und der Sport liegen ihm ebenfalls am Herzen, aus diesem Grund engagiert er sich für Volleyball im Kinder- und Jugendbereich. Für ihn ist Sport in erster Linie eine Lebensschule, die den Zusammenhalt und soziale Kontakte fördert.



www.flaviobortoluzzi.ch



**Roland
Mesot**

Grossratspräsident

- + Beruf: Unternehmensleiter
- + Funktionen: Grossratspräsident
Grossrat seit 2011
Generalrat - Châtel-Saint-Denis (seit 2006)
Präsident des Generalrats (2009)
Ehemaliger Feuerwehrinstructor
- + Wohnort: Châtel-St-Denis - Vivisbach
- + Geburtsjahr: 1962
- + Zivilstand: Verheiratet, 2 Kinder
- + Hobbys: Eishockey und Wandern

Man nennt ihn wegen seines Amtes als Präsident des Freiburger Grossrats auch den «höchsten Bürger des Kantons». Roland Mesot ist ein von seinen Parlamentskollegen respektierter, auf Konsens ausgerichteter und pragmatischer Grossrat. Er fühlt sich sehr verbunden mit seiner Region Vivisbach, und er setzt sich dafür ein, dass die Randregionen wegen der neuen Richtlinien in Sachen Umwelt und Raumplanung nicht benachteiligt werden. Wegen seiner Ausbildung in diesem Bereich liegt ihm die Sicherheit sehr am Herzen. Roland Mesot hat sich nicht nur in der Politik in den Dienst der Bevölkerung gestellt, sondern auch als Kadermann bei der Feuerwehr.



www.facebook.com/deputermesot



**Emmanuel
Kilchenmann**

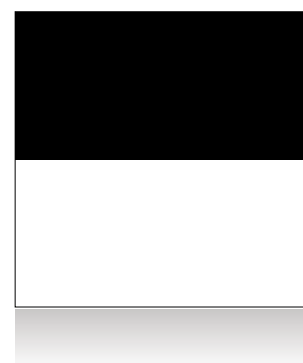
- + Beruf: Rechtsanwalt und Landwirt
- + Funktionen: Generalrat Freiburg,
seit 2016
Baukommission - Freiburg
- + Wohnort: Freiburg
- + Geburtsjahr: 1980
- + Zivilstand: Verheiratet
- + Hobbys: Sport und Geschichte

Emmanuel Kilchenmann teilt sein Leben zwischen Stadt und Land und bildet damit eine Brücke zwischen zwei Facetten unseres Kantons. Er ist gleichzeitig Landwirt in Cormagens sowie Léchelles und Anwalt in der Stadt Freiburg. Er ist zuhause in Themen, welche ländliche und städtische Regionen betreffen: Er fährt eine klare Linie in Sicherheitsfragen – er ist übrigens Major in der Armee –, er kämpft darüber hinaus auch für eine produktive und respektierte Landwirtschaft. Er erachtet es als wichtig, die Bürokratie abzubauen, unter der die Landwirte leiden, damit sie sich wieder um ihr Kerngeschäft kümmern können.



www.emmanuelkilchenmann.ch

den Nationalrat



**Jean-Daniel
Chardonens**

- + Beruf: Direktor / Verwalter
- + Funktionen: Grossrat seit 2017
Präsident des Wirtschaftsclubs
des Grossrats
Präsident SVP Broyebezirk
- + Wohnort: Fétingy - Broye
- + Geburtsjahr: 1965
- + Zivilstand: Verheiratet, 2 Kinder
- + Hobbys: Motorrad, Sportschiessen und
Reisen



facebook.com/JDChardonens

Als Direktor eines Personenbeförderungsunternehmens und Motorradfahrer in der Freizeit ist Jean-Daniel Chardonens sehr oft auf Strassen unterwegs. Als Grossrat ist er sehr engagiert in den Bereichen Mobilität und Raumplanung und setzt sich ein für eine wohl durchdachte und ausgewogene Entwicklung sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Jeder soll die Wahl haben, wo er leben will und welche Transportmittel er nutzen möchte; gleichzeitig soll die Zersiedelung eingeschränkt werden. Der Broyard kämpft gegen Abgaben, Steuererhöhungen und weitere Belastungen, welche das ohnehin knappe Budget des Mittelstandes zusätzlich belasten.



**Emanuel
Waeber**

- + Beruf: Betriebsökonom
& Generalsekretär der SVP Schweiz
- + Funktionen: Grossrat seit 2006
Präsident des Freib. Unihockey-Vereins
OK-Präs. kantonales Schwingfest 2019
- + Wohnort: St-Antoine - Sense
- + Geburtsjahr: 1958
- + Zivilstand: Verheiratet, 2 Kinder
- + Hobbys: Wandern und Skifahren



www.emanuelwaeber.ch

Emanuel Waeber ist Fraktionschef der SVP im Grossrat und hat die Politik im Blut. Neben seiner Arbeit als Betriebsökonom amtiert er auch als Generalsekretär der SVP Schweiz. Er setzt sich ein für die Unabhängigkeit der Schweiz gegenüber der Europäischen Union. Als unbestechlicher Spezialist für Zahlen ist er sattelfest in Steuerfragen und kämpft seit vielen Jahren für einen Abbau der Abgaben, welche die Mittelklasse belasten. Emanuel Waeber ist zudem sehr engagiert im Sport, sei dies für Floorball oder in der Organisation des Kantonschwingfests 2019.

In den National- und den Ständerat

FÜR DIE SCHWEIZ.  MIT FREIBURG.

**Auch morgen in Bern,
um Ihre Ideen zu vertreten
und Ihre Überzeugungen zu verteidigen**

«Seit vier Jahren stehe ich im Nationalrat für meine Überzeugungen ein. Es sind Ihre Überzeugungen, für die Sie mich im Oktober 2015 gewählt haben. Eine intakte Umwelt, eine qualitativ hochstehende und wettbewerbsfähige Landwirtschaft, praktische Berufsausbildungen für unsere Jungen, eine für alle garantierte und faire Mobilität!

Am kommenden 20. Oktober bin ich erneut auf Ihr Vertrauen angewiesen!

Im National- oder im Ständerat bleibe ich jener Pierre-André Page, den Sie kennen, der Ihnen zuhört, der begeistert hinter seinen Projekten und zu seinen Überzeugungen steht – für die Schweiz, mit Freiburg.

Ich zähle auf Ihre Stimme, merci!»

Pierre-André Page, Nationalrat, Châtonnaye



**Pierre-André
Page**

bisher

- + Beruf: Meisterlandwirt
- + Funktionen: Nationalrat seit 2015
Präs. Landi Romont, Verw. AECA Bern
Präsident der Landwehr Freiburg
Vorstand Pro familia Freiburg
Grossratspräsident 2009
Ehemal. Fraktionspräsident
Grossrat 1996 -2015
- + Wohnort: Châtonnaye - Glâne
- + Geburtsjahr: 1960
- + Zivilstand: Verheiratet, 3 Kinder



www.pierreandrepape.ch

Pierre-André Page, Nationalrat und Meisterlandwirt, ist bodenständig, stark engagiert in Vereinen und naturverbunden. Diese Eigenschaften hat er schon im Rahmen seiner vorherigen Amtsperiode im Bundeshaus unter Beweis gestellt und gedenkt dies auch weiter zu tun. Insbesondere möchte er sich für angemessene Einkommen für Bauernfamilien einsetzen, aber auch für qualitativ einwandfreie und lokal hergestellte Produkte, zum Wohle des Planeten. Pierre-André Page engagiert sich für eine intakte Umwelt im Gleichgewicht sowie für eine effiziente Mobilität sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten.

Konkret...

Im Verlauf des vergangenen Jahres haben sich die Grossräte mit zahlreichen Eingaben für Sie eingesetzt. Regulierung der Kormorane, Zugang zu universitären Studien, Finanzierung von ausserschulischen Aktivitäten... Es wurden zahlreiche Motionen eingegeben, die den Alltag der Bürgerinnen und Bürger betreffen, manche wurden vom Parlament angenommen. Alle diese parlamentarischen Instrumente sind ausgesprochen wichtig für das reibungslose Funktionieren des Kantons und der Demokratie, und es liegt der SVP-Fraktion besonders am Herzen, dass die Interessen des Volkes im kantonalen Parlament eine Stimme haben.

Vorstösse	Eingereicht	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen
Anfragen	22	--	--	--
Motionen	7	3	3	1
Postulate	3	2	0	1
Aufträge	4	3	0	1
Resolutionen	2	2	0	0
Eingaben	1	1	0	0
Total	39	11	3	3

Politische Tätigkeit im Jahre 2018: Parlamentarische Vorstösse der SVP

Leistungsausweis der SVP Grossratsfraktion Freiburg



Emanuel Waerber, Grossrat, Fraktionschef im Grossrat

Die Steuern belasten den Mittelstand, die Familien und unsere Rentner überaus hoch

Die Steuern lasten schwer auf dem Mittelstand, den Familien und unseren Pensionierten.

Der Kanton Freiburg hat 2018 ein hervorragendes Ergebnis erzielt. Bei einem Betriebsbudget von 3,55 Milliarden Franken weist er einen Gewinn von 72 Millionen Franken aus (vor Rückstellungen und ausserordentlichen Abschreibungen). Der Kanton verfügt über ein Eigenkapital von 1,6 Milliarden Franken. Seit 2011 hat die Anzahl der Kantonsangestellten um 810 VZS zugenommen, das entspricht einer Erhöhung um fast 10 %. Die Steuereinnahmen stiegen um 234 Millionen Franken, das entspricht 17,2 %.

Motion der SVP für eine Erhöhung der Sozialabzüge und eine Anpassung der Einkommens- und Vermögenssteuern

Wir sind überzeugt, dass die Mittelklasse, die Familien und die Pensionierten Anspruch auf eine Erhöhung der Sozialabzüge haben. Das würde ein deutliches Zeichen setzen für einen Kanton, der gleichzeitig innovativ und steuerlich attraktiv ist. Wir müssen die Rahmenbedingungen zugunsten der Steuerpflichtigen verbessern und sie am positiven Resultat, das der Kanton erzielt hat, teilhaben lassen. Eine Reduktion des Steuerfusses auf 98 % für die Einkommenssteuer und auf 95 % für die Vermögenssteuer würde eine Senkung der Steuereinnahmen im Umfang von ca. 20 Millionen Franken ergeben. Die Gewinne aus den vergangenen vier Jahren (im Schnitt 85 Millionen) würden es erlauben, sowohl die Erhöhung der Sozialabzüge (ca. 32 Millionen pro Jahr) als auch die Senkung des Steuerfusses für Einkommen und Vermögen (ca. 20 Millionen pro Jahr) zu finanzieren. Ein Punkt hat uns besonders gestört: Der Kanton hat die Lehrlinge nicht eingestellt, für die ein Budget vorgesehen war. Anlässlich der Annahme des Budgets 2019 haben wir verlangt, dass die Anzahl der Lehrlinge in der kantonalen Verwaltung erhöht werde. In der Folge hat die Jahresrechnung 2018 zum Vor-

schein gebracht, dass 88 Lehrlingsstellen nicht besetzt wurden, obwohl diese im Budget vorgesehen waren. Das ist aus unserer Sicht besonders bedauerlich für einen Kanton, der in Sachen Ausbildung zur Spitze gehören will.

Gemeindefusionen

Schon immer haben wir Massnahmen unterstützt, welche Gemeindefusionen fördern – allerdings unter der Bedingung, dass die fraglichen Fusionen vernünftig sind und den betroffenen Gemeinden einen Mehrwert bringen. Und vor allem ist es wichtig, dass die Bevölkerung dieser Gemeinden die Absicht ihrer Gemeindevertreter unterstützt. Seit 1866 wurden in unserem Kanton nicht weniger als 80 Fusionen vollzogen. Die Anzahl der Gemeinden sank dadurch von 285 auf 136 am 1. Januar 2019. Wir stellen leider einen fehlenden Willen zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden von Grossfreiburg fest. Dadurch wurden die Probleme in der Agglomeration eher verschärft, als dass konkrete Lösungen gefunden wurden. Die zusätzliche Struktur erweist sich als schwerfällig, wenig transparent und wenig demokratisch.

Pensionskasse des Staates Freiburg

Wir sind uns bewusst, dass der Primatwechsel für einen Teil der Kantonsangestellten nicht zu unterschätzende Auswirkungen haben wird, insbesondere für Angestellte im Alter über 50. Es ist folglich nichts als gerecht und darüber hinaus eine gesetzliche Vorgabe, Übergangs- und Kompensationsmassnahmen zu bieten, um die Auswirkungen für das betroffene Personal abzufedern. Das zieht zwingend erhebliche Kosten für den Kanton nach sich, der damit seine Verantwortung als Arbeitgeber vollumfänglich wahrnimmt. Nichtsdestotrotz werden diese Kosten letztlich auf sämtliche Freiburger Steuerpflichtige abgewälzt. Es ist bedauerlich, dass der Staatsrat diese wichtige Frage jahrelang vernachlässigt hat. Von den drei Varianten vermag keine wirklich zu überzeugen. Unserer Ansicht nach sollte der Rentenverlust für Personen über 50 keinesfalls mehr als 10 % betragen. Die vorgesehenen Rekapitalisierungsmassnahmen müssen folglich überarbeitet werden.

Die Finanzierung des Freiburger Spitals

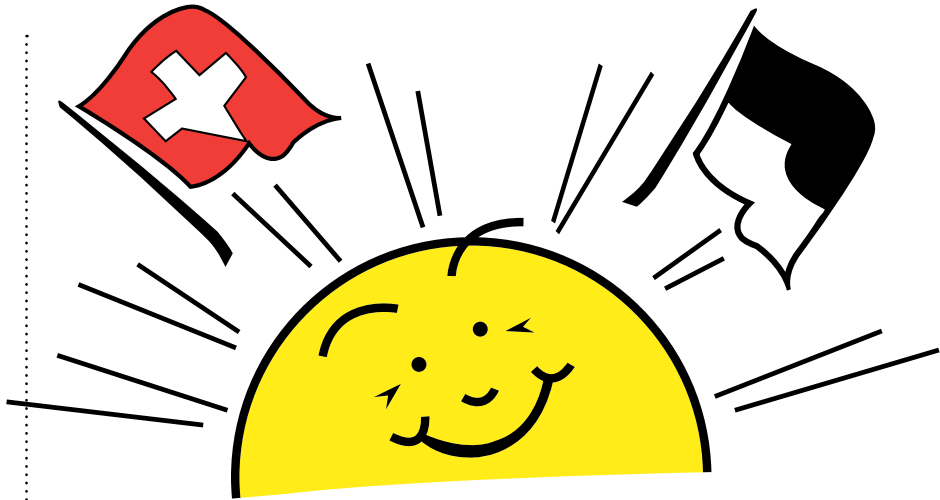
Die Finanzierung der HFR und das Personalstatut werden sicher Gegenstand intensiver Verhandlungen bilden, und die Antworten auf die Fragen sind noch nicht gefunden. Wir erwarten vom Staatsrat in dieser Sache mehr Führung und Verantwortung. Mit Erstaunen haben wir den Auditbericht zur Finanzinspektion vom letzten Jahr bezüglich HFR zur Kenntnis genommen. Die erheblichen finanziellen Lücken sind zudem angesichts von 104 Stellen in der Finanzdirektion der HFR, darunter 10 interne Controller, nicht nachzuvollziehen. Wir stellen fest, dass der Staatsrat, insbesondere die Direktion für Gesundheit und Soziales, in seiner Aufgabe, die Führung der HFR zu kontrollieren, versagt hat.

E-Voting

Das E-Voting zerstört das Vertrauen in die Demokratie. Das E-Voting-System ist unbrauchbar, kostspielig und beansprucht umfangreiche Ressourcen in den Verwaltungen. Der grösste Mangel ist indes die Anfälligkeit für Manipulationen. Ausländische Regierungen oder kriminelle Organisationen können Wahlen und Abstimmungen nach ihren Interessen elektronisch zu beeinflussen versuchen. Das Abstimmen über Internet untergräbt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Demokratie. Dadurch würde ein irreparabler Schaden für unser Land entstehen. Andere Länder wie Norwegen, Finnland, Grossbritannien, Frankreich und Deutschland haben diese Risiken schon längst erkannt und auf die Einführung des E-Votings verzichtet oder haben dieses sogar verboten.

Bluefactory Freiburg: Quo vadis?

Innovation kann nicht verordnet werden, sie muss gelebt werden! Ja, die Bluefactory präsentiert sich immer wie eine Black Box. Rechnet man das Programm auf der Neuen Regionalpolitik nach, kommen wir auf einen Betrag von 130 Millionen Franken Investitionen, davon fallen fast 78 Millionen allein auf den Kanton. Womöglich ist das eine Geschichte ohne Ende, angerissen von ein paar «visionären» Personen.



Ausblick der SVP Grossratsfraktion

Die SVP-Fraktion im Grossrat möchte in Zukunft politisch noch stärker präsent sein, unabhängig bleiben und sich thematisch noch klarer positionieren. Diese politische Strategie betrifft die nachfolgend aufgeführten, für die Fraktion zentralen politischen Themen.

Wirtschaft und Wirtschaft

Für den Bereich Wirtschaft und Beschäftigung hat sich die SVP-Fraktion das Ziel gesetzt, den KMU und den Landwirten eine möglichst grosse Funktionsfreiheit im Hinblick auf eine optimale Entwicklung zu verschaffen und die Bewilligungsverfahren und administrativen Abläufe ganz allgemein zu vereinfachen. Darüber hinaus sollen die KMU steuerlich entlastet werden, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu fördern.

Steuern

Wir möchten die Mittelklasse, Pensionierte, Familien und Eltern, welche die Kinder selber betreuen, steuerlich entlasten, und die traditionelle Familie unterstützen. Was die Funktionsweise des Kantons anbelangt, sind wir der Meinung, dass sämtliche strukturellen Sparmassnahmen ergriffen werden sollen, die dazu beitragen, dass der Kanton effizienter und weniger gierig wird. Zu diesem Zweck sollen auch Stellen im Privatsektor geschaffen und das Anwachsen der Stellen im öffentlichen Sektor eingedämmt werden.

Sicherheit und Kriminalität

Bezüglich Sicherheit und Kriminalität geht es darum, die Interessen der Gesellschaft stärker zu gewichten als jene der Täter, die Aktivitäten der Polizei vor Ort zu unterstützen und eine strikte Anwendung des Gesetzes zu fordern. Auf Antrag der SVP wird der Kanton das Zentralgefängnis Freiburg schliessen und ein Gerichtszentrum bilden.

Ausbildung

Hier soll das Schulgesetz die kleinen Gemeinden nicht benachteiligen. Beim Erlernen der ersten Fremdsprache soll den Landessprachen der Vorzug gegeben werden, die Schule soll zudem die Schüler auf das Berufsleben vorbereiten.

Soziale Sicherheit und Gesundheitswesen

Hier möchte unsere Fraktion die Entwicklung von medizinischen Strukturen in Randgebieten fördern und eine effiziente Notfallversorgung dank lokaler Infrastruktur sicherstellen. Die Reform der kantonalen Pensionskasse stellt eine riesige Herausforderung dar, denn es handelt sich um einen Systemwechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat.

Raumplanung

Die Raumplanung muss es ermöglichen, dass ausreichend Landwirtschaftsflächen für eine produktive Landwirtschaft bestehen bleiben und dass eine aktive und effiziente Bodenpolitik betrieben werden kann.

Staatswesen

Und schliesslich wird unsere Fraktion ganz allgemein fortfahren, sich für den Respekt vor der direkten Demokratie sowie vor der Gemeinde- und Kantonsautonomie gemäss den Regeln des Föderalismus einzusetzen. Wir unterstützen zudem eine Beschränkung des staatlichen Einflusses und eine klare Aufteilung der Aufgaben und Ausgaben zwischen Kanton und Gemeinden.



Familien und die Mittelklasse leiden besonders unter der hohen Steuerbelastung, während der Kanton jedes Jahr grosse Gewinne erzielt. Aus diesem Grund setzt sich die SVP dafür ein, den Steuerfuss zu senken und die steuerlichen Abzüge zu erhöhen.

Wir verteidigen die Interessen des Kantons Freiburg im Grossrat...



Bezirk Vivisbach

Grossratspräsident



Roland Mesot
Unternehmensleiter, Châtel-St-Denis



Michel Chevalley
Ehemaliger Oberamtmann, Tatroz
Kommission für auswärtige
Angelegenheiten



Bezirk Glâne



Jean Bertschi
Meisterlandwirt, Orsonnens
Kommission für Strassen und
Wasserbau



Philippe Demierre
Stv. Direktor, Esmonds



Bezirk Saane



Charles Brönnimann
Landwirt, Onnens
Büro des Grossrats



Nicolas Galley
Polizist, Ecuwillens
Begnadigungskommission



Nicolas Kolly
Rechtsanwalt, Essert
Justizkommission



Ruedi Schläfli
Landwirt, Posieux
Einbürgerungskommission



Bezirk Sense



Adrian Brügger
Meisterlandwirt, Agrokaufmann, Düdingen
Kommission für auswärtige
Angelegenheiten



Emanuel Waeber
Betriebsökonom &
Generalsekretär SVP
Schweiz, St-Antoni
Büro des Grossrats



Markus Zosso
Agrokaufmann, Schmitten
Mitglied Verwaltungsrat HFR



Bezirk Greyerz



Sébastien Frossard
Landwirt, Romanens



Gabriel Kolly
Meisterlandwirt, Corbières
Finanz- und Geschäftsprüfungs-
kommission



Roger Schuway
Hotelier, Im Fang
Kommission für auswärtige
Angelegenheiten



Bezirk Broye



Jean-Daniel Chardonens
Direktor KMU / Verwalter,
Fétigny
Interparlament. Komm. GYB
Beratende Raumplanungs-
kommission
Baukommission für die Route
de cont. Prez-Vers-Noréaz



Michel Zadory
Arzt, Estavayer-le-Lac
FR Delegation für das CIP
Hôpital intercantonal de la
Broye (HIB)



Bezirk See



Rudolf Herren-Rutschi
Landwirt, Lurtigen
Einbürgerungskommission



Paul Herren-Schick
Verwalter, Kerzers
Finanz- und Geschäftsprüfungs-
kommission



Ueli Johner-Etter
Landwirt - Maraicher,
Kerzers
Kommission für Strassen
und Wasserbau



Katharina Thalmann-Bolz
Primarlehrerin, Murten



Stadt Freiburg



Stéphane Peiry
Diplomierter Wirtschaftsprüfer,
Freiburg
Finanz- und Geschäftsprüfungs-
kommission

Frei und sicher.
Ich will's. Ich wähl's.



Unsere Schweiz: woher? – wo? – wohin?



Christina Susanna Darcey,
Lehrerin und Erwachsenenbildnerin BFFA,
Generalrätin Châbles

Woher kommen wir?

Am 25. Juli 2019 jährte sich der Rütli-rapport zum 79. Mal. 1940, während des Zweiten Weltkrieges, appellierte General Henri Guisan auf dem Rütli erfolgreich an den Widerstandsgeist der Schweizerinnen und Schweizer und rief dazu auf, die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz zu verteidigen.

Wir feierten am 1. August nicht nur den „Geburtstag“ unserer schönen Schweiz, sondern auch über 700 Jahre Frieden, Freiheit, Unabhängigkeit, Demokratie, Neutralität und Sicherheit in diesem

Land. Dies sind Werte, die das Land stark gemacht haben. Umso mehr sollten wir schätzen, was wir haben und alles daransetzen, dies für unsere Kinder und Enkelkinder zu bewahren.

Wo stehen wir heute?

Im Gegensatz zu Frankreich und anderen EU-Ländern müssen wir in der Schweiz nicht auf die Strasse gehen, um zu streiken und zu protestieren, weil wir etwas ändern wollen. Hier genügt eine Unterschriftensammlung. Die Politiker müssen danach Gesetze und Regelungen aushandeln und erarbeiten, zum Schluss sagt die Stimmbürgerbevölkerung, was sie davon hält. Dies sichert gute, gemässigte Entscheide.

Die Erfolgsgeschichte der Schweiz zeigt, dass die Demokratie, so wie wir sie kennen, eben der richtige Weg ist. Heute herrscht zwar kein Krieg. Dennoch ist unsere Freiheit mit dem EU-Rahmenvertrag gefährdet. Wie ist

es um die Widerstandsfähigkeit der politischen Elite, der Lobbyisten, Verbände, Gewerkschaften und der Bundesräte bestellt?

Wohin gehen wir?

Die EU sagt von sich, sie sei der Garant des Friedens in Europa – die EU, ein Friedensprojekt? Diesen Eindruck kann man kaum teilen, wenn man sieht, wie die EU Druck macht auf England und die Schweiz, wenn es um neue Verträge geht, oder wenn man beobachtet, wie sie mit ihren Mitgliedstaaten umspringt. Geht es da wirklich um Frieden? Ist dies nicht einfach eine neue Art der Auseinandersetzung, zwar nicht mit Waffen, aber trotzdem ein Kampf um Geld und Macht?

Wir Schweizer sind es nicht gewohnt, dass man über uns bestimmt. Jede und jeder von uns bestimmt mit und denkt mit. Der gesunde Menschenverstand, ein pragmatischer Umgang mit Problemen



und eine gute Kompromisslösung, das ist der Schweizer Weg. So funktioniert unsere direkte Demokratie. In den meisten Ländern der EU ist dies anders: Die Regierung bestimmt und das Volk hat nicht mehr viel zu sagen. Wollen wir das? Um eine hohe Lebensqualität in unse-

rem Land auch in Zukunft garantieren zu können, sollten wir unserem Land und unserer Umwelt Sorge tragen. Wir müssen uns für konkreten Umweltschutz, eine gute Bildung, gerechte Löhne und ein stabiles Sozialnetz einsetzen.



Eidgenössische Wahlen vom 20. Oktober 2019

Die SVP-Wähler: Leute wie du und ich!

Wer sind die Leute, die SVP wählen? Ganz einfach: Leute wie du und ich. Die SVP-Wähler stammen aus sämtlichen Schichten der Bevölkerung, aus allen Altersklassen und aus allen Berufen. Der typische SVP-Wähler existiert nicht. Es gibt zahlreiche normale Bürger, die sich in den Werten wiederfinden, die wir vertreten, und die Lösungen befürworten, die wir für die Schweiz anbieten. Du kannst Teil davon sein! Du kannst mitmachen, indem du dich auf www.udc-fr.ch anmeldest oder einfach indem du im kommenden Oktober die Liste 5 wählst.

Frauen wählen SVP

Mirjam Bicer, Courtaman



« Die SVP ist die einzige Partei, welche sich für den Erhalt unserer Schweiz einsetzt. Freiheit, Sicherheit, Wohlstand und Selbstbestimmung für unser Volk stehen an erster Stelle. Ich wähle SVP, weil ich mir für unsere Kinder eine Heimat mit Zukunft wünsche. Du willst das auch? Dann wähl's! »

Secondos wählen SVP

Christophe Blaumann, Courtepin



« Mein Vater floh 1961 in Berlin vor der Mauer. Meine Mutter ist Französin und kam in die Schweiz auf der Suche nach Arbeit. Meine Eltern sind integriert, haben für unser Land gearbeitet. Ich anerkenne die Chance, welche die Schweiz ihnen geboten hat, und ich verteidige unsere Werte mit der SVP! »

Pensionierte wählen SVP

Eric Tschachtli, Villars-sur-Glâne



« Als aktiver Senior verteidige ich seit 35 Jahren das Beibehalten einer unabhängigen und neutralen Schweiz. Stop den ständig steigenden Ausgaben, mehr wirtschaftliche Freiheit, das Chaos in der Asylpolitik korrigieren, unsere Lebensmittelsicherheit verstärken. Deshalb wähle ich SVP! »

Junge SVP: Liste

Die Sektion Junge SVP Freiburg wurde 2005 gegründet. Sie setzt sich zusammen aus Jungen im Alter zwischen 16 und 33 Jahren und verfolgt das Ziel, eine junge Vision der Politik einzubringen und den Nachwuchs für die Schweiz von morgen sicherzustellen. Sie ist engagiert und dynamisch, und das seit fast 15 Jahren! Die

Die Sektion ist auf der Strasse und in den sozialen Netzwerken aktiv, sie weiss, wie man Jugendliche anspricht, hat aber auch ein offenes Ohr für die Älteren. Ihr Ziel ist es, die Werte zu verteidigen, die für den Erfolg der Schweiz verantwortlich zeichnen. Sie vereint Jugendliche mit unterschiedlicher Sprachherkunft sowie aus verschiedenen Verbänden und Vereinen sowie Berufen. Motivation und Erfahrung sind das Erfolgsrezept der Kandidatinnen und Kandidaten, die sich diesen Herbst zur Wahl stellen.

Die Jungen kämpfen für mehr Sicherheit, aber auch für die KMU, die wesentlich zum Erfolg unserer Wirtschaft beitragen. Sie setzen sich ein für unser kulturelles Erbe und für das Weitergeben dieses Erbes an künftige Generationen. Schliesslich engagieren sie sich auch für eine produzierende Landwirtschaft, die unseren Schutz verdient. Die Junge SVP hat sich in der Vergangenheit via Volksmotionen in das politische Leben des Kantons eingebracht. Erwähnt sei u. a. eine Motion, welche verlangte, dass die Landeshymne in unseren Schulen gelernt wird, oder eine Motion die darauf abzielte, den Schülerinnen und Schülern während der obligatorischen Schulzeit die Landwirtschaft näher zu bringen via Thematage oder andere ausser-schulische Aktivitäten.

Die Junge SVP Freiburg will den Nachwuchs sicherstellen, aber auch ihre Vorgänger bei ihren politischen Auseinandersetzungen heute und morgen unterstützen, zum Wohle unseres Kantons und unseres Landes. Deshalb sagen wir laut und deutlich: Wer Zukunft will, wählt Zukunft!



Julien Doutaz

- + Beruf: Student Agronomie
- + Wohnort: Epagny - Greyerz
- + Alter: 21 Jahre
- + Hobbys: Schiessen, Berge

Ich setze mich ein für eine bessere Anerkennung der Naturberufe und unseres Ausbildungssystems. Lokale Unternehmen zu unterstützen ist der erste Schritt für das Klima!



Timon Gavallet

- + Beruf: Student Sozialpädagogie
- + Wohnort: Broc - Greyerz
- + Alter: 19 Jahre
- + Hobbys: Schiessen, Skifahren

Ich stelle mich zur Wahl, denn ich möchte die Unabhängigkeit unseres Landes ausbauen, indem ich den EU-Beitritt bekämpfe und mich dafür einsetze, dass wir uns mit Lebensmitteln selbst versorgen können.

Junge wählen SVP

Sven Brügger, St. Silvester



« Ich bin jung und in einem sicheren und freien Land aufgewachsen. Ich möchte, dass dieses Privileg, für das unsere Vorfahren gekämpft haben, auch zukünftigen Generationen erhalten bleibt. Deshalb wähle ich SVP! »

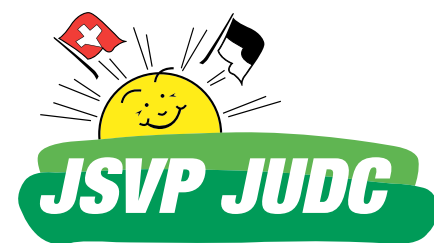
Künstler wählen SVP

Sébastien Bossel, Bulle



« Die SVP kämpft für den Erhalt einer wohlhabenden und sicheren Schweiz. Das ermöglicht es uns, dass wir uns mit verschiedenen Ausdrucksformen frei äussern können, darunter auch die Musik, die ich als DJ auflege. Unsere Partei fördert die aktuelle Kultur und ist gleichzeitig verbunden mit den Traditionen, die sie ebenfalls verteidigt. »

21



Sektion verfügt bereits über eine grosse politische Erfahrung, verfügt sie doch in ihren Reihen über Volksvertreter auf kantonaler Ebene und auf Gemeindeebene, aber auch über Mitglieder in Exekutiven. Dieses Jahr nimmt die Junge SVP zum zweiten Mal in ihrer Geschichte an der Wahl in den Nationalrat teil.



Mélissa Gerber

- Beruf: Landwirtin
- Wohnort: Grangettes-près-Romont
- Alter: 23 Jahre
- Hobbys: Natur, Berge

Ich verteidige die Ideen der SVP, denn sie ist die einzige Partei, die sich noch für die Landwirtschaft einsetzt, unser Erbe bewahrt und die Familien unterstützt.



Stobbian Godel

- Beruf: Landwirt, Agro-Kaufmann
- Wohnort: Estavayer-le-Gibloux - Saane
- Alter: 27 Jahre
- Politik: Generalrat

Ich setze mich für eine produktive und nachhaltige Landwirtschaft ein, die auf die Wünsche der Konsumenten eingeht. Opfern wir sie nicht auf dem Altar des Freihandels.



Anthony Marchand

- Beruf: ETH-Student Bio-engineerings
- Wohnort: Vesin - Broye
- Alter: 25 Jahre
- Hobbys: Wandern, Schiessen 300m

Ich bin Kandidat, weil ich für eine gegenüber der EU unabhängige Schweiz eintrete, aber auch für eine überlegte und pragmatische Klimapolitik, die nicht auf Hysterie und Steuern gründet.



Oliver Rumo

- Beruf: Interactive Media Designer
- Wohnort: St. Silvester - Sense
- Alter: 21 Jahre
- Hobbys: Schiessen, Jungschützenleiter, Eishockey

Ich kandidiere für die SVP weil, sie die einzige Partei in der Schweiz ist, die unsere Werte, unsere Traditionen und die direkte Demokratie entschlossen vertritt und verteidigt.



Chantal Tobler

- Beruf: Studentin Agronomie
- Wohnort: Chapelle - Broye
- Alter: 25 Jahre
- Hobbys: Natur, Zeichnen

Ich kämpfe für die Ideen der SVP, denn sie unterstützt die lokale Wirtschaft. Wenn wir diese Strategie umsetzen, bleibt die Schweiz frei, sicher und vor allem nachhaltig.

« Wer Zukunft will, wählt Zukunft! »



Julien
DOUTAZ

Timon
GAVALLET

Mélissa
GERBER

Stobbian
GODEL

Anthony
MARCHAND

Oliver
RUMO

Chantal
TOBLER

So wählen Sie im Kanton Freiburg richtig!

1. Öffnen Sie den Wahlumschlag, in dem Sie folgende Unterlagen finden:

- Vordruckte Wahlzettel (Listen) für die Wahl in den Nationalrat
- 2 kleine Couverts
- Vordruckte Wahlzettel (Listen) für die Wahl in den Ständerat

2. Wählen Sie Ihre Nationalrätinnen und -räte:

Nehmen Sie die **Liste 5 SVP** oder **21 Junge SVP** und legen Sie sie unverändert in das entsprechende kleine Couvert.

3. Wählen Sie Ihren Ständerat:

Nehmen Sie die **Liste 5 SVP** mit dem Namen «**Pierre-André Page**» und legen Sie sie unverändert in das entsprechende kleine Couvert.

4. Legen Sie alles in den grossen Umschlag:

Legen Sie die zwei kleinen Couverts und den Stimmrechtsausweis in den grossen Umschlag.

5. Streichen Sie Ihre Adresse durch und unterschreiben Sie:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis an der dafür vorgesehenen Stelle und legen Sie ihn ebenfalls in den grossen Umschlag. Frankieren Sie falls nötig den Umschlag und legen Sie ihn in einen Postbriefkasten oder in den Briefkasten der Gemeinde.

6. Absenden:

Verschicken Sie den Umschlag bis spätestens **17. Oktober** via Post oder legen Sie ihn bis spätestens **19. Oktober** in den Briefkasten Ihrer Gemeinde, oder gehen Sie am **20. Oktober** wählen.

Achtung!

- Legen Sie **nur eine einzige Liste** für die Wahl in den Nationalrat ins Couvert, anderenfalls ist Ihre Stimme ungültig.
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, anderenfalls ist Ihre Stimme ebenfalls ungültig.
- Falls Sie vorgängig oder brieflich abstimmen: Vergessen Sie nicht, Ihren Stimmrechtsausweis am dafür vorgesehenen Ort zu unterschreiben.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Wahlzettel für die Nationalratswahlen vom 20. Oktober 2019

Liste

5	Schweizerische Volkspartei
5.1	Jean-François Rime
5.2	Pierre-André Page
5.3	Flavio Bortoluzzi
5.4	Jean-Daniel Chardonens
5.5	Emmanuel Kilchenmann
5.6	Roland Mesot
5.7	Emanuel Waeber



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Wahlzettel für die Ständeratswahlen vom 20. Oktober 2019

Liste

5	Schweizerische Volkspartei
5.1	Pierre-André Page



1. Den Umschlag öffnen und die Unterlagen herausnehmen.



2. Liste 5 SVP oder Liste 21 JSVP aus dem Wahlzettelblock heraustrennen.



3. Den Wahlzettel mit der SVP-Liste in das kleine Couvert legen (nur eine einzige Liste!).



4. Nehmen Sie die SVP-Liste 5 mit dem Namen «Pierre-André Page».



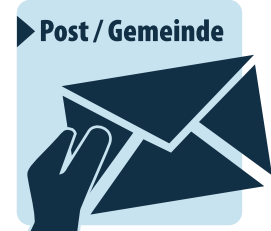
5. Legen Sie auch das Couvert mit der Ständeratsliste in.



6. Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis an der dafür vorgesehenen Stelle.



7. Legen Sie die zwei kleinen Couverts und den Stimmrechtsausweis in den grossen Umschlag.



8. Bringen Sie den Umschlag zur Post oder zur Gemeinde.

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Gratis-Hotline: **0800 0 1291 0**

Ab dem 13. September und bis 20. Oktober können Sie sich gratis über die Wahlen 2019 in den National- und Ständerat informieren.

Wie wähle ich richtig, damit meine Stimme vollumfänglich den Interessen der Schweiz zugute kommt?

Wir stehen Ihnen täglich von 9 bis 18 Uhr zur Verfügung, auch an den Wochenenden.

Falls Sie Ihre Fragen per E-Mail stellen möchten: wahlen@svp.ch

Listenverbindung mit der EDU (Liste 8)

Im Kanton Freiburg ist die SVP mit der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU, Liste 8) eine Listenverbindung eingegangen. Das ermöglicht es Ihnen, dass Ihre Stimme für die von uns vertretenen Grundwerte zählt.



Für den Ständerat:



Pierre-André
Page

in den Ständerat
www.pierreandrepape.ch

Liste5



SCHWEIZER
QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Für den Nationalrat:

Vor allem: Schweiz!

Ich will's. Ich wähl's

Wählen Sie SVP Liste 5 oder 21



UDC
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratiche Federalie
Pour une Suisse forte